



Nr. 492. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 21. October 1881.

Deutschland.

Berlin, 20. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat die Wahlen des Würlichen Geheimen Raths und Rittergutsbesitzers v. Kölle auf Carow zum General-Landschafts-Director der Pommerschen Landschaft, sowie des Rittergutsbesitzers v. Blankenburg auf Zimmerhausen zum General-Landschaftsrath bei derselben Landschaft für den weiteren Zeitraum von 1881 bis 1887 bestätigt.

Der Regierungs-Supernumerar Michalski aus Marienwerder ist als Geheimer expedirender Secretär und Calculator beim Finanzministerium angestellt worden. — Dem Stellmacher Hermann Nieman zu Ammerdorf und dem Schmied Gustav Horn zu Bündorf ist die Medaille für gewerbliche Leistungen in Bronze verliehen. (R. Anz.)

= Berlin, 20. Octbr. [Graf Hatzfeld.] — Gebäude für das preußische Abgeordnetenhaus. Der Urlaub des Grafen Hatzfeld ist abgelaufen und der Graf nach Berlin zurückgekehrt, um zunächst die provisorische Leitung des auswärtigen Amtes wieder zu übernehmen. Ob und wann endlich die definitive Ernennung des Staatssekretärs erfolgen wird, darüber verlautet noch immer nichts Verlässiges. Zwei Jahre sind vergangen, seitdem der Staatssekretär von Bülow verstorben ist; die einzige Persönlichkeit, mit welcher außer dem Grafen Hatzfeld wegen Übernahme dieses Postens verhandelt wurde, war der kaiserliche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, welcher indessen den Posten ablehnte und sich nur zu einer provisorischen Übernahme des selben bereit fand ließ. Ein vielfach verbreitetes Gerücht will wissen, die Ernennung des Grafen Hatzfeld zum Staatssekretär und andere damit zusammenhängende Anordnungen würden noch vor Ablauf dieses Jahres erfolgen. Wie weit diese Angabe mehr Anspruch auf Glaubwürdigkeit besitzt wie alle ihre Vorgänger, muß da hingestellt bleiben. — Bezüglich der Errichtung eines neuen Dienstgebäudes für das preußische Abgeordnetenhaus ruhen, wie wir bestimmt versichern können, alle Verhandlungen gänzlich. Der bezügliche Antrag des Gesamtvorstandes des Abgeordnetenhauses an das Staatsministerium hat zu eingehenderen Verhandlungen in demselben nicht geführt. Dem dringendsten Bedürfnis bezüglich der Unterbringung der Acten und Reparaturen u. s. w. ist durch Beschaffung von Miethäusern einstweilen abgeholfen. Zweifellos wird man auf die Frage selbst zurückkommen, doch ist ein Zeitpunkt für die Lösung noch nicht in Aussicht genommen.

[Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] kamen heute Vormittag 10 Uhr mit ihren jüngeren Kindern, den Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margarethe, sowie mit den Prinzessinnen Karoline Mathilde und Luise Sophie zu Schleswig-Holstein von Potsdam nach Berlin und begaben sich vom hiesigen Potsdamer Bahnhofe aus zum Besuch der Kunstaustellung nach dem provis. Kunst-Ausstellungsgebäude am Kantianplatz. Nach 1½ stündigem Aufenthalte daselbst begaben sich der Kronprinz und die Kronprinzessin nach dem hiesigen Kronprinzipal Palais, während die Prinzessinnen-Dötter und die Prinzessinnen zu Schleswig-Holstein direct von der Ausstellung aus wieder nach Potsdam zurückkehrten. Der Kronprinz nahm Mittags einige Vorträge entgegen und mache dann eine Ausfahrt.

Über eine interessante Wahlgeometrie! Seien wir in der „Böll. Btg.“ Folgendes: In Lauenburg passieren wunderbare Dinge. Nachdem alle Mittel der Verfehlung und des polizeilichen Druckes sich als ungeignet erwiesen haben, die liberalen Führer Berling und Westphal in den Augen ihrer Landsleute zu discrediren, wird jetzt ein Verlust gemacht, den liberalen Wählern das Wählen möglich zu erschweren. Bekanntlich soll nach dem Wahlreglement vom 28. Mai 1870 jede Ortschaft der Regel nach einen Wahlbezirk bilden. Dieser gesetzlichen Vorschrift gemäß war der Lauenburger Kreis bisher in 101 Wahlbezirke getheilt. Jetzt ist vor einigen Tagen eine ländliche Bekanntmachung erschienen, welche eine neue Abgrenzung der ländlichen Wahlbezirke anordnet und bestimmt, daß in Zukunft nur in 60 Ortschaften gewählt werden soll, und dazu sind keineswegs immer die größeren Ortschaften aussersehen, sondern große Ortschaften, welche bisher den Wahlort bildeten, sind mit kleineren vereinigt und letztere bilden den Wahlort. So ist in einer ganzen Reihe von Fällen verfahren, so man hat freie Dörfer mit Gutsbezirken vereinigt. Die Tendenz dieser ganzen Maßnahme wird um so klarer, wenn man erfährt, daß insbesondere solche Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt sind, welche bisher stets liberal gewählt haben.

[Bekanntmachungen] auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878. Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 wird die im Druck von H. Zimmer u. Co. hier selbst erschienene, von Helfenberg in Breslau im Auftrage vieler socialdemokratischer Arbeiter und Handwerker unterzeichnete, an die Wähler zum deutschen Reichstage gerichtete nicht periodische Druckschrift von dem unterzeichneten Regierungspräsidenten hierdurch verboten. Breslau, den 18. October 1881. Königlicher Regierungspräsident. Juncker. — Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 wird das im Druck von H. Zimmer u. Co. hier selbst erschienene, an die „Wähler Breslaus“ gerichtete, von „vielen socialdemokratischen Arbeitern und Handwerkern“ im Auftrage: C. Kultmann in Breslau unterzeichnete Flugblatt von dem unterzeichneten Regierungspräsidenten hierdurch verboten. Breslau, den 18. October 1881. Königlicher Regierungspräsident. Juncker. — Die Königliche Kreishauptmannschaft als Landes-Polizei-Behörde hat das bei Moritz Günther in Mittweida gedruckte, „Wähler des 15. Reichstagwahlkreises“ überschriebene und „Eduard Gims im Namen mehrerer Wähler des 15. Reichstagwahlkreises“ unterzeichnete Flugblatt auf Grund von § 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 verboten. Leipzig, den 18. October 1881. Königliche Kreishauptmannschaft. Graf zu Münster. — Die unterzeichnete Königliche Kreishauptmannschaft hat auf Grund von § 11 Abs. 1 und § 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 das in Böhmen und der dortigen Gegend verbreiteten Flugblatt mit der Überschrift: „An meine Wähler!“ und unterzeichnet: „Das Comite zur Erzielung einer wahrhaft freiwilligen und volksthümlichen Reichstagswahl im 20. sächsischen Reichstagwahlkreise“, auf welchem als Druckort: „Schweiz, Vereinsbuchdruckerei Höttingen-Zürich“ angegeben ist verboten. Zwickau, den 18. October 1881. Königlich sächsische Kreishauptmannschaft. Dr. Hübel.

Königsberg, 20. Oct. [Haussuchungen.] Diesel. R. h. 3. beichtet: „Ein Theil der Eisenbahn-Subalternbeamten des Betriebsamts Königsberg hatte im Einverständnis mit der großen Mehrzahl seiner Kollegen im ganzen Directionsbezirk Bromberg beschlossen, an das Abgeordnetenhaus eine Petition wegen Gehaltsaufbesserung zu richten. Zur Deckung der Kosten sollte jeder der beihilftigen Beamten 1 Mark beitragen. Ein darauf bezügliches Circular, dessen Inhalt in keiner Weise etwas Strafbares enthält, gelangte in die Hände des Betriebsamts, und darauf erfolgte die Haussuchung, bei welcher Alles, was mit der erwähnten Petition in Connen stand, beschlagnahmt wurde. In einem Falle wurde dieselbe von einem Bahnbeamten ohne Buzierung der Polizei vorgenommen, in allen übrigen

waren die Polizeibeamten nicht in der Lage, einen richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Befehl zur Vornahme der Haussuchung nachzuweisen, vielmehr hat die Staatsanwaltschaft erklärt, daß sie von der ganzen Sache nichts wisse.“

Aus Hinterpommern, 18. October. [Unsug.] Wie die „Kösl. Btg.“ meldet, sind am Sonntag der vergangenen Woche in der Synagoge zu Ballnow abermals Fensterscheiben und Rahmen zertrümmert worden. Auch sind die Helden dieser That durch das Fenster der Synagoge gestiegen und haben dort drei neue Fensterrohre abgeknitten und entwendet. Es ist dies bereits das dritte Mal, daß eine Vorausburg des jüdischen Tempels in Ballnow stattgefunden hat.

Frankreich.

Paris, 18. Octbr. [Ministerielle Krise.] — Vom Senat. — Die „République française“ und das „Intransigenten-meeting.“ Es wird immer schwerer, aus den widerprechenden Gerüchten, welche die Blätter in Umlauf setzen, die Wahrheit über die ministerielle Krise herauszuschälen. Besonders die Unterredungen, welche Gambetta mit Jules Ferry gehabt haben soll, liefern einen willkommenen Stoff für die verschiedenartigsten Commentare. Die Gegner Gambetta's sehen darin den Beweis dafür, daß man durch geheimnisvolle Compromisse, durch abscheuliche „Tripatogenen“ ein Cabinet zu bilden suche, das nicht Fisch und nicht Fleisch, ein Cabinet, welches den „Heizhunger der Moderatisten und Progressisten zugleich befriedigen soll.“ Es wäre in der That für die extremen Parteien der Rechten und äußersten Linken eine arge Enttäuschung, wenn sich in der Kammer ein Bündniß der Ferry'schen und der Gambetta'schen Gruppe herausstellen sollte. Die Hoffnungen der Intransigenten einerseits und der Royalisten und Bonapartisten anderseits beruhen ja eben darauf, daß Gambetta genötigt sein werde, sein Ministerium ausschließlich aus den vorgesetzten Republikanern zu bilden und daß er folglich in den gemäßigten Republikanern auf die Dauer gefährliche Widersacher finden werde. Inzwischen liegt jedoch noch kein thatsächlicher Grund vor, an die Versöhnung Gambetta's und Jules Ferry's zu glauben. Es ist nicht einmal gewiß, ob sie in der letzten Zeit einander wirklich gesehen haben. Von der Demission des Ferry'schen Cabinets ist für den Augenblick nicht die Rede mehr; mit einem Wort, der jetzige Zustand der Unsicherheit wird wohl bis zum Eintreffen der Kammer fort dauern. Den ersten Angriff hat das Ministerium im Senat zu erwarten, da die obere Kammer sogleich ihre Arbeiten beginnen kann, während die Deputirtenkammer eine Weile mit ihrer Konstituierung beschäftigt sein wird. Schon jetzt zeigt man eine Interpellation über die tunnischen Angelegenheiten im Senat an. Möglich genug, daß dieselbe von den Freunden der Regierung ausgehen und daß sie den Zweck haben wird, die Wirkung der späteren Debatten und der Kammer im Vorau abzuschwächen. — Großes Aufsehen macht der Artikel, den heute die „République française“ dem letzten Meeting der Communards gewidmet hat. So energisch war das Gambetta'sche Organ den Intransigenten noch nicht entgegentreten. In der Polemik über dieses Meeting im Tivoli-Bauhall zeigt sich übrigens einmal wieder recht deutlich das schöne Einverständnis zwischen den reactionären und den ultraradicalen Parteien. Die royalistische Presse findet kein Wort des Lades für die wahnstinnigen Declamationen der Redner im Tivoli. Sie hält die Beschlüsse, die im Meeting votirt wurden, für ganz logisch und freut sich darüber, daß man der „opportunistischen Bande“ gehörig die Wahrheit gesagt habe.

Paris, 18. Octbr. [Ein großartiger Plan.] zu dem die Anregung aus Spanien kommt, soll in Angriff genommen werden; es handelt sich um nichts weniger als die Durchbohrung der Pyrenäen, um die Hindernisse, die dieses unwegsame Gebirge bisher dem Verkehr zwischen Frankreich und Spanien entgegensezten, in gleicher Weise zu beseitigen, wie dies beim Mont Cenis und Gotthard geschehen ist. Am 14. d. hat König Alfons einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf unterzeichnet, der demnächst den Cortes vorgelegt werden soll. Das Ministerium eracht darin die Cortes, ihm behufs Verhandlungen mit der französischen Regierung Vollmacht zu ertheilen. Spanien beabsichtigt, die Bahnlinie von Huesca über Alerce, Calporenas, Jaca und Canfranc der französischen Grenze zuzuführen und die Pyrenäen in der Gegend des Col de Somport zu durchbohren. Die Linie würde also auf französischer Seite ins Gabelthal nach Oloron führen. Die Hälfte der Bohrungskosten will Spanien tragen, während Frankreich die andere übernehmen soll. Die Wichtigkeit dieses Unternehmens ist ohne Weiteres einleuchtend, wenn man bedenkt, daß die Pyrenäen eine fortlaufende Schienenverbindung bisher nur im äußersten Westen und Osten der spanisch-französischen Grenze über Bayonne und Perpignan zuließen. In den Centralpyrenäen ist aber jede Verbindung im Sommer schon schwierig, im Winter aber meist unmöglich, so daß der Handelsverkehr zwischen den Grenzgebieten gänzlich stockt, da er gezwungen war, über Bayonne oder Perpignan zu gehen, ein Umweg, der den Handel mit vielen Waren nicht mehr lohnend erscheinen ließ. Dieser Nebelstand würde durch einen Tunnel, der außerdem den Weg von Paris nach Madrid um 100 km verkürzen würde, gehoben werden, und es ist daher begreiflich, daß man hier den spanischen Vorschlag, an dessen Annahme in den Cortes nicht gezwungen wird, sehr freundlich aufnimmt und alles mögliche Entgegenkommen französischerseits in Aussicht stellt. Nach Absicht der Spanier soll der Tunnel einen internationalen Charakter haben, und es ist jedenfalls richtig, daß derselbe, wiewohl Frankreich und Spanien in allererster Linie beteiligt sind, auch allen anderen Nationen und dem Verkehr im Allgemeinen Vorteile bringen wird. (R. 3.)

Großbritannien.

A. C. London, 18. Octbr. [Tumult der Landligisten.] Die Landliga hat den Schauspiel ihrer Wühlereien von Dublin nach Liverpool verlegt und ihr Bureau dort unter die direkte Leitung des Unterhausbüro-mitgliedes Arthur O'Connor gestellt. Der Abgeordnete Biggar hat sich seiner bevorstehenden Verhaftung durch die Flucht nach Helyhead entzogen, wo er mit Healy und Arthur O'Connor zusammentreffen wird. Seitens der Regierung werden die umfassendsten militärischen Vorsichtsmassregeln zur Verhütung eines Volksaufstandes in Dublin oder anderen Theilen Irlands getroffen. Fliegende Columnen sind bereit, sofort nach erhaltenem Befehle nach jeder Richtung hin abzumarschieren. Die Dublener Garrison ist durch Zugänge aus dem Standlager in Curragh auf 5000 Mann Truppen aller Waffengattungen mit sechzehn Kanonen verstärkt worden. Das in Chatham garnisonirende 52. Regiment hat Marschbefehl nach Irland erhalten, desgleichen das in Dover stehende 31. Regiment und das in Devonport stationirte 1. Bataillon des 13. Regiments. Alle drei Regimenter begeben sich zuvor nach Dublin. Aus Limerick und Dublin werden neue Ruhestörungen gemeldet. In der erstgenannten Stadt griff ein Volksaufstand die Polizei- und Truppen-Abtheilungen, welche den in Gewaltigkeit des Zwangsgesetzes verhafteten Schatzmeister der dortigen Landliga, William Abraham, in das Gefängnis abführten, mit Stein-

würfen an. Die Polizei schickte sich schließlich an, von ihrer Schußwaffe Gebrauch zu machen. Es fiel ein Schuß, wodurch ein junges Mädchen, das von einem Ladenfenster aus die Scene beobachtete, am Arm verwundet wurde. In Dublin wiederholten sich die tumultuaren Scenen vom vorhergehenden Tage. Demagogen hielten in den lebhaftesten Theilen der Sackville-Street zündende Ansprachen an den Pöbel, der „Nieder mit Gladstone“ schrie und die zur Aufrechthaltung der Ordnung aufgestellten Konstabler mit Steinen bewarf. Der Volkshause wuchs mit jeder Minute und zog lärmend und „God save Ireland“ singend durch die Straßen. An der Spitze des Zuges wurde eine große weiße Fahne getragen. Vor der Offizin der anti-ligistischen „Irish Times“ wurde Halt gemacht, und der Pöbel zertrümmerte die Fenster des Gebäudes und brachte der mißliebigen Redaktion ein „Percat“. Ähnlich erging es den Officinen der „Mail“ und des „Express“. Bis dahin hatte sich nur selten ein Polizeiagent blicken lassen, und alle, die es wagten sich zu zeigen, wurden gesteinigt oder in anderer Weise mishandelt. Erst nachdem der Unzug vollte drei Stunden gedauert, erschienen 150 Konstabler unter Führung eines Inspectors auf dem Platze, denen es mit vieler Mühe gelang, die Straße zu säubern und die Ruhe wiederherzustellen. Um Mitternacht herrschte völlige Ruhe in den Straßen. — Vom Dienstag Morgen wird aus Dublin gemeldet: Die Ruhestörungen wurden gestern in den Hauptstraßen der Stadt erneuert. Die Polizei war genötigt, sich über die Carlisle-Brücke unter einem Steinagel zurückzuziehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es nötig werden, einen Theil der Truppen aufzubieten.

Österreich.

P. C. Bukarest, 15. Oct. [Die Donaufrage.] Seit Kurzem ist die Donaufrage wieder auf der Tagesordnung in Rumänien. Es sind jetzt nicht mehr allein die verschiedenen Oppositionsgruppen, welche der Regierung durch ihre Hauptorgane scharf zusetzen; die Gelegenheit ist zum allgemeinen und geradezu alleinigen Tagesgespräche geworden, und man kann kein einziges, noch so kleines Winkelblättchen zur Hand nehmen, ohne gleich in der ersten Spalte auf die Donaufrage zu stoßen. In letzterer Zeit wurden sogar, von verschiedenen Städten aus, gleichlautende, von Hunderten unterschriebene Petitionen an den König gerichtet, in welchen man Se. Majestät beschwört, „nicht zuzugeben, daß Rumänien auch nur um ein Haar breit von dem sicherer Boden des Berliner Vertrages abweiche. Die Rumänen wollen die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf der Donau gesichert und unter den Schutz des gesamten Europas gestellt wissen u.“ „Vinele Public“, das Organ der „aufrichtig Liberalen“, hat die Exportage dieser Petition unternommen, und es ist ihm bis jetzt gelungen, in einigen Städten je ein paar Hundert, im Ganzen drittthalb Tausend Unterschriften zu sammeln. Wenn aber auch die Beteiligung an dieser „Volksfundgebung“ gering ist, so läßt sich thatsächlich doch nicht leugnen, daß die Regierung einen schweren Standpunkt hat, und daß sie der allgemeinen Bewegung Rechnung tragen muß, welche sich wiederholt, und ganz besonders dringend in letzter Zeit, fund gegeben hat. Die Haltung der Regierung, über welche die „Politische Correspondenz“ bereits berichtet hat, ist eben eine Folge jener Bewegung, an welcher auch die einflussreichsten Mitglieder der Kammern-Majoritäten teilnehmen.

Provinzial-Bericht.

* Breslau, 21. October. [Fürstbischof Förster +.] Über den Tod des Fürstbischofs beilegen wir uns nachfolgende Mittheilungen zu bringen:

Dr. Förster litt schon seit langer Zeit an einer großen Kopfgeschwulst, welche Congestionen zum Gehirne zu Folge hatte; wahrscheinlich dadurch trat er schon vor Jahren, noch während seines Aufenthaltes in Breslau kleine Apoplexien zu wiederholten Malen auf. Bedenkt man, welche schweren Kämpfe der Verstorbene zur Zeit des vaticanischen Concils durchmachte — er gehörte zu denen, die mit am schärfsten unter den deutschen Bischöfen gegen die Beschlüsse des Concils ankämpften — als er sich gedrängt fühlte, sich den Beschlüssen des Concils zu unterwerfen, so wird man begreifen, daß diese schweren Conflicte auf einen solchen Gesundheitszustand keinen günstigen Einfluß ausüben konnten. So traten allmäßig Veränderungen im Gehirne auf, welche vorübergehend Gedächtnisschwäche, erschwertes Sprechen u. s. w. hervorriefen. Am letzten Sonntag, an dem Herr Geheimrath Krocker bei dem Fürstbischof war, traf er denselben schon in einem Zustande, in welchem er Stunden lang kein Wort gesprochen hatte und nur auf lautes Anfragen mühsam eine Antwort gab, so daß dieser, sein langjähriger bewährter Hausarzt, seinen lieben Freunden schon damals die schlimmsten Befürchtungen aussprach. Ein heftiger Hustenreiz, der schlimme Athemnot hervorrief und der allerdings allein schon genügt, einen 81jährigen Greis zu töten, verschwand allerdings am Sonntag wieder, so daß die augenblickliche Gefahr vorbei ging. Bald aber stellten sich bedrohliche Symptome in den Lungen wieder ein, es trat volle Bewußtlosigkeit hinzu und so verschied er gestern 4 Uhr Nachmittags unter den Erscheinungen des Stickflusses. Herr Geheimrath Krocker, welcher vorgestern wieder nach Johannesberg eittr wurde, wohlt nicht mehr vom Herrn Fürstbischofe. Einige befreundete Geistliche Mitglieder seiner Familie, vor Allem seine Schwägerin, Frau Professor Förster und deren Sohn, ein Pfarrer, umstanden das Sterbett. — Kurz vor dem Tode traf ein Telegramm aus Rom ein, welches dem Verstorbenen den Segen des Papstes brachte.

H. Breslau, 21. Octbr. [Wähler-Versammlung.] Die gestrigste Wählerversammlung der Fortschrittspartei im Weißen Hirch war, wie wir bereits mitgetheilt haben, wiederum außerordentlich zahlreich besucht. Schon einige Zeit vor 8 Uhr, als wir im Saale erschienen, war derselbe fast vollständig besetzt und füllte sich nach und nach so, daß, wie uns mitgetheilt wurde, noch eine große Anzahl Wähler zurückgewiesen werden mußte. Herr Kaufmann Trautwein eröffnete bald nach 8 Uhr die Versammlung Namens und im Auftrage des Wahl-Comites mit einigen kurzen Worten und ertheilte dann sofort Herrn Fabrikbesitzer Bielek das Wort. Derselbe wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt. Er bat zunächst um Nachsicht, wenn er nur einige kurze Worte an die Versammlung richte, da Heitereit ihm eine längere Ansprache verbietet. Er durfte wohl, führte Reden aus, annehmen, daß die meisten der Anwesenden seine bisherigen Reden gelesen und also wissen würden, welchen Grundsätzen er huldigte. Es seien die der Fortschrittspartei. Er habe in seiner früheren Ansprache

versucht, zunächst seinen Lebensgang darzustellen, um zu zeigen, daß er aus dem Volke hervorgegangen und selbst wisse und empfunden habe, was diesem Noth thue. Wenn er dann darauf hingewiesen, daß er in bessere Verhältnisse gelommen, so habe er dies nur gethan, um denen, die man jetzt so gern die Erbten nenne, zu zeigen, daß sie nicht die Erbten seien, sondern daß jeder durch Fleiß und Sparfamkeit sich emporhöhen könne. Es sei ihm verboten worden, daß er die von ihm gegenwärtig zu zahlende Steuerquote genannt. Er habe damit nicht auf seinen Geldbeutel klopfen wollen, denn dieser werde befannlich durch Steuernichter nicht voller, sondern er habe damit nur zeigen wollen, daß man sich durch Fleiß und Sparfamkeit eine dem Staate nützliche Stellung erringen könne. Nedner will bei Darlegung seiner Stellung zu den Fragen der Gegenwart zunächst nicht wiederholen, was er bezüglich der indirekten Steuern gesagt. Er sei ein Gegner derselben und also auch des Tabakmonopols schon deshalb, weil durch dasselbe eine Menge Industrieller geschädigt würden, ohne Hoffnung haben zu können, für den erlittenen Schaden genügenden Erfolg zu finden. Er habe sich ferner gegen den Zunftzwang erklart, der nicht das Glück des Handwerkerstandes herbeiführen könne, und endlich habe er auch seine religiöse Siedlung gekennzeichnet, die darin giebt, daß er wünsche, es möge jedem vergönnt sein, nach seiner Fazit selig zu werden. Er könne nicht zugeben, daß es zweckmäßig sei, sich gegenseitig um der Religion willen anzuseinden. Man möge darin streben, daß die Lehrer der Religion es als ihre Hauptaufgabe ansehen, gute Menschen zu erziehen.

Nedner erklärt im Weiteren, er glaube von Männern zu stehen, welche sich bewußt sind, nach welcher Richtung hin sie ihre Stimme abzugeben haben. Er habe nicht das Recht, das Alles zu verteidigen, was die Fortschrittspartei gethan; sie sei sich bewußt, das Beste gewollt zu haben, und dabei werde sie bleiben, denn das Gute sei nicht immer das Gute. Er bitte nicht, ihm, dem Nedner, die Stimme zu geben, sondern der Fortschrittspartei. Wer diese unterstütze, thue etwas Gutes. Ihre Mitglieder seien sicher, nicht als Streber betrachtet zu werden, ihnen winten nicht Orden und Auszeichnungen, aber wer alle Zeit reines Herzens seine Pflicht gehabt, brauche vor der Zukunft nicht zurückzuschreiten. (Lebhafter Beifall.)

Dennächst nahm Schlossermeister Schippe das Wort, um sich speziell über die Handwerkerfrage zu äußern. Die Wichtigkeit derselben erhebe schon daraus, daß Deutschland über drei Millionen selbstständiger Handwerker zähle. Nach einem historischen Rückblick auf die Zeit vor und nach 1806 und die Stellung des Handwerkerstandes während derselben fährt Nedner fort, die conservativen Partei erklärte die liberale Gesetzgebung für dem Handwerk feindlich, er meine aber, eine Gesetzgebung, welche den arbeitenden Klassen die Freiheit gebe, sei im eminentesten Sinne dem Handwerk freundlich. Wenn nicht alle Handwerker diese Freiheit freudig begrüßen, so erkläre sich dies dadurch, daß die Bildung der arbeitenden Klassen bei Einführung der Gewerbefreiheit nicht überall gleich war, daß die conservativen Partei sich eifrig bemühte, die Bünde zu konservieren und daß aus ganz natürlichen Gründen die deutsche Industrie damals schon vor der auswärtigen überflügelt war. Je mehr sich die Industrie entwickelte, desto schwieriger müsse es dem Einzelnen werden, sich zu etablieren und dies ganz natürliche Verhältnis als Nebel hinzustellen, betrachten Hofprediger Stöcker und die Conservativen, die sich nie um den Handwerker kümmerten, außer vor den Wahlen, als ihre Aufgabe. Dem gegenüber weise die Fortschrittspartei ihre Theilnahme für das Handwerk durch die That, durch Gründung von Credit-, Produktiv-, Magazin-Genossenschaften, durch Bildung von Handwerker- und Gewerbevereinen, durch Gründung und Unterstützung von Handwerker-Fortbildungsschulen u. dgl. Sie habe auch jederzeit, wie Nedner durch Thatsachen beweist, auf die Wahl tüchtiger Handwerker ins Parlament hingewirkt. Die gegnerischen Parteien suchen mit gewissen Schlagwörtern zu wirken. So habe ein Nedner in einer Schießwerderverhandlung behauptet, in der guten alten Zeit habe jeder Handwerker im eigenen Hause sein Geschäft betrieben, das sei jetzt nicht mehr der Fall. Nedner weiß ziemlich nach, daß mehr als die Hälfte der kleinen Häuser in einzelnen Strafen unserer Stadt, in denen gerade das Handwerk etabliert sei, sich auch im Besitz von Handwerkern befinden. Da nun nach Ansicht der conservativen Alterthumsforscher in der guten alten Zeit die Concurrenz, also auch die Zahl der Handwerker geringer gewesen sei, so werde wohl auch die Zahl der hausbesessenen Handwerker nicht größer gewesen sein. Nedner schließt mit den Worten: M. h.: Wir stehen vor der Wahl. Wollen Sie, daß, wie Freiherr von Stein sagt, Deutschland ein Sammelpunkt von Unterdrückern und Unterdrückten werde, so wählen Sie conservativ. Wollen Sie aber die arbeitenden Klassen des deutschen Volkes aus Abhängigkeit, Unsicherheit und Verlummen immer mehr emporheben zur Selbstständigkeit, Sicherheit und zur Theilnahme an den Segnungen, wie an den Aufgaben der Cultur, und wollen Sie das erreichen weder durch einen Gnadengeicht von oben, noch durch Revolution von unten, dann wähle, wer im Distrikte wohnt, Beblo, und wer im Westbezirk wohnt, Freund!

Lebhafter Beifall, durch den der Nedner bereits während seiner Ausführungen mehrfach unterbrochen worden war, lohnte denselben auch am Schlusse seines Vortrages.

Dem folgte sodann Rechtsanwalt Haber als Nedner. Derselbe erklärte zunächst, daß er nicht dem Parteiverbande der Fortschrittspartei angehöre, sondern sich zu den Secessionisten rechte. Es scheine ihm diese Erwähnung wichtig, denn sie sollte beweisen, daß die Candidaten, die von der Fortschrittspartei aufgestellt worden, doch nicht bloß Candidaten der Fortschrittspartei seien, sondern daß auch andere Liberale entschlossen seien ihre Stimmen diesen Candidaten zu geben. (Bravo!) Nedner glaubt allerdings, daß die liberalen Parteien gegenwärtig nichts den Gegnern erwünschterthätten könnten, als wenn sie versuchen wollten, die alten Gegenstände zu erneuern, statt in Einigkeit zusammenzutreten zur Abwehr des gemeinsamen Gegners. (Bravo!) Nedner weiß wohl, daß er, wenn er von Reaction spreche, die sich in gemischten Maßnahmen der Regierung und in gemischten Bestrebungen der Bevölkerung bemerkbar mache, auf bestreittem Boden stehe. Die Gegner bezeichnen diese Reaction als ein Hirngespinst der Liberalen. Man wolle die rücksichtige Bewegung verdecken, weil, wie Herr von Bemmiges sehr richtig bemerkt habe, dem deutschen Geiste nichts so sehr zu widerstehen sei, als ein Bündnis der kirchlichen und politischen Reaction. Über die Bedeutung und Zukunft politischer Parteien entscheidet nicht die wechselnde Constellation der allgemeinen Verhältnisse, sondern die Natur und das Wort des Ideen, welche eine politische Partei vertritt. Nedner glaubt nicht, daß die Ideen, welche die conservative Partei vertritt, große Anziehungskraft besitzen und daß sie eine Gewähr für die Zukunft der Partei in sich tragen. Die conservative Partei bezeichne sich selbst als die Partei der Ordnung. Er frage, ob sie nach dem, was wir alle erlebt haben, auf diese Bezeichnung einen Anspruch machen könne? (Rufe: Nein, nein!) Selbst das Ausland sei erstaunt gewesen über das, was bei uns möglich ist.

Die conservative Partei entwickelt gegenwärtig ihre Stärke nur in der Verhebung der verschiedenen Stände und Klassen. Nedner fragt noch einmal, ob es denn keine Reaction gebe. Für die sog. constitutionelle Frage sei entscheidend die Stellung, welche die Regierung einnimmt gegenüber den Redten und Befugnissen des Parlaments. Diese Stellung werde gekennzeichnet durch die Vorlagen, welche die Regierung bezüglich der Verlängerung der Legislatur- und Etatsperioden gemacht. Diese Vorlagen seien zwar nicht Gesetz geworden, aber deswegen nicht weniger bezeichnend für die Auffassung der Reichsregierung. Sie beweisen, wie unbestimmt und unangemessen dieser das Zusammenwirken mit dem Parlamente und die Controle derselben ist. Sie zeige auch, was man glaubte, der Volksvertretung bieten zu können, der man zumuthete, das wichtige ihrer Rechte aufzugeben. Wer stehe aber dafür, daß wenn ein gefügigeres Parlament zu Stande komme, solche Vorlagen doch noch zum Gesetze werden. Die conservativen sagen zwar, sie dächtert nicht daran, solchen Verfassungsänderungen zuzustimmen. Sie haben aber — meint Nedner — auch den Satz aufgestellt, daß es unentbar sei, nicht den Satz „für Bismarck“ zu accettiren. Da sie aber jetzt noch nicht wissen können, was Bismarck in zwei, drei Monaten werde wollen, so können sie auch noch nicht wissen, was sie selbst in zwei, drei Monaten wollen werden. (Bravo.)

Zu der Zoll- und Steuerfrage übergehend, erläutert Nedner, kein prinzipieller Gegner aller indirekten Steuern zu sein, aber es gebe eine Grenze und die liege für ihn in der Besteuerung der nothwendigen Lebensmittel. (Bravo!) Man sage, es sei nicht nachweisbar, daß die Besteuerung der nothwendigen Lebensmittel diese verheuert habe. Dies sei in gewisser Beziehung zuzugeben, weil ja auf die Preise der Lebensmittel noch andere Factoren einwirken, aber die Steuer auf nothwendige Lebensmittel sei unzweckhaft eine ungerechte, und eine Ungerechtigkeit dürfe man niemals ausüben, am allerwenigsten, wenn die ärmeren Klassen am meisten davon betroffen werden.

Nedner weiß im Weiteren nach, daß man auch auf gewerblichem und wirtschaftlichem Gebiete von Reaction sprechen könne, und fügt hinzu, er meine, es heiße den Fürsten Bismarck verkennen, wenn man sage, derselbe sei ein Reactionär. Dagegen spreche schon der Umstand, daß er erst mit den Conservativen, dann mit den Liberalen gegangen sei, dann sich den Ultramontanen genähert habe und sich jetzt mit Projecten trage, die im wesentlichen mit gemischten Forderungen der Socialisten übereinstimmen. Für Bismarck sei keiner bestimmten Partei zuzuzählen. Es sei ja über-

haupt für den Politiker nicht unbedingt erforderlich, daß er sich einer solchen Zugesetze. Eins aber müsse man verlangen, daß auch im Innern nach bestimmten Grundsätzen regiert werde, daß bestimmte Wege bezeichnet werden, auf denen die Regierung glaubt, das Wohl des Landes fördern zu können. Es möge sein, daß der Reichsfanzler auf einem festen Punkt bezüglich seiner inneren Politik steht, aber in großem Ganzen und in Vielem, was uns thun und werth ist, lehne er es ab, sich bestimmte Grundsätze zu bilden und aufzustellen, die ihn binden sollen. Dem gegenüber könne man es nicht ausgeschlossen betrachten, daß Bismarck auch einmal zur Errichtung bestimmt, uns jetzt noch unbekannter Ziele ein Bündnis der politischen und kirchlichen Reaction beginnstig und fördere. Seine Vergangenheit steht einer solchen Annahme nicht entgegen.

Zum Schluß geht Nedner noch auf einige Punkte des Wahlaufrufs der conservativen Partei näher ein. Es heißt darin: „Die schrankenlose Gewerbefreiheit hat unsern Handwerkerstand in die mißliche Lage gebracht und den Ausverkauf durch das Capital überlieferst.“ Wohl nicht oft werde eine größere Unmehrheit unbefangener ausgesprochen, und es werde durch eine solche Behauptung ein Gegensatz etabliert zwischen Handwerk und Capital, der sehr stark an den von der Socialdemokratie so oft betonten Gegensatz von Capital und Arbeit erinnere. Und wenn in einer conservativen Partei ein Prediger es sogar für zulässig erachtet habe, zu erklären, daß der Kampf ums Dasein, den der Vorsitzende des Wahlvereins der Fortschrittspartei kämpfe, wohl ein anderer sei, als der des Arbeiters, so beweise dies, daß man schon dazu übergehe, den Reid gegen die Besitzenden als solche zu erregen. (Beifall.) Das sei ein gefährliches Spiel. Die Herren sollten doch nicht vergessen, daß die Capitalisten nicht blos auf liberaler Seite zu finden sind und nicht blos in der Stadt wohnen. Wenn sie hier den Arbeiter aufregen gegen die Besitzenden, werden dann nicht auch die Tagelöhner auf dem Lande das Wort aufnehmen? Es heißt ferner in dem Aufrufe, die Fortschrittspartei wolle die Traditionen der Conflictszeit in das herlich entstandene Reich hinübertragen und zwischen Regierung und Volk dauernd einen Gegensatz aufrecht erhalten. Dem gegenüber könne man fragen, ob denn die Conservativen vergessen, daß die Regierung selbst Indemnität nachgefordert, also selbst anerkannt habe, daß die Verfassung von ihr nicht immer beobachtet worden sei, und wo seien denn damals die Conservativen gewesen, als es galt, die Verfassung zu verteidigen.

Nedner meint, es sei klar, um was es sich gegenwärtig handle. Die liberale Partei habe nicht die Organisation hinter, wie etwa die ultramontane Partei, auch nicht eine Stütze über sich, wie die conservativen Partei. Sie sei auf sich allein angewiesen. Aber er glaube an den Sieg der liberalen Sache, wenn auch nicht für heute, so doch für die spätere Zukunft, weil er an die Wahrheit der liberalen Ideen glaube. Die liberale Partei werde aber nur dann siegen, wenn sie sich des Sieges würdig zeige, kleine Unterschiede vergesse, sich einig, fest und treu zusammenschließe.

Die aufgestellten Candidaten brauche er nicht besonders zu empfehlen. Es seien nicht unbekannte Männer von außerhalb, nicht Männer, welche durch ihre Abstimmung im Reichstage in einem Conflict mit Vorgetheuten kommen könnten, sondern Männer, die wir für entschieden halten und dennoch für gemäßigt, Männer, von denen Nedner die Überzeugung hat, daß, wenn Vorlagen der Regierung an sie herantreten, die sie für das Wohl des Landes geeignet erachten, sie ja sagen, wenn aber Vorlagen kommen, welche die Rechte des Volkes vermindern wollen, Vorlagen, welche an Stelle der Privatindustrie die Staatsindustrie seien und die Rechte der Regierung ins Ungeheure erweitern wollen, sie dann auch die Unerhörtheit haben werden, um ein entschiedenes Nein zu sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Da Niemand weiter das Wort ergriff, so schloß hiermit der Vorsitzende die Versammlung bald nach 1/210 Uhr.

H. Breslau, 20. October. [Ordentliche Versammlung des Gefangenheitsvereins für Schlesien und Posen.] Die heut im evangelischen Vereinshaus abgehaltene Verhandlung wurde gegen 10^{1/4} Uhr durch den Senatspräsidenten des Oberlandesgerichts, Geh. Ober-Justizrat Heimbrodt, eröffnet. Consistorialrat Reichardt aus Posen sprach das einleitende Gebet. Unter den Anwesenden bemerkten wir u. A.: den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien v. Seydelwitz, den Consistorial-Präsidenten Wunderlich, General-Superintendent Dr. Erdmann, Oberlandesgerichts-Präsident Schulz-Böltz, ferner Vertreter der kgl. Regierungen der Provinzen Schlesien und Posen. Geh. Ober-Justizrat Heimbrodt begrüßte die Versammlung und sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Vorsitzende des Vorstandes, Strafanstaltsdirektor Grüzmacher, an der Leitung der Verhandlungen verhindert sei.

Bei der Constituierung des Bureau werden Regierungsrath Gabel zum stellvertretenden Vorsitzenden und die Herren Strafanstaltsdirector Petrasch, Ritter und Strafanstaltsfarrer Thaiss zu Schriftführern gewählt.

In die Verhandlung eintretend, erstattet Pastor Bauda den Bericht des Vorstandes über das verflossene Vereinsjahr, aus welchem ein erfreuliches Wachsthum und immer weitere Ausdehnung der Bestrebungen des Vereins hervorgeht. Consistorialrat Dr. Richter knüpft an den Jahresbericht einige Bemerkungen bezüglich der Stellung des königl. Consistoriums zu demselben sehr sympathischen Bestrebungen des Vereins. — Bei der hierauf folgenden Erfaswahl in den Vorstand wird als Mitglied des Vorstandes der erste Staatsanwalt in Dels, Stein, gewählt. Als der nächstjährige Versammlungsort wird wieder Breslau in Aussicht genommen. Demnächst referiert Pastor Feldhahn aus Plötzensee bei Berlin über das Thema: „Woher kommt es, daß unsere Jugend so vielfach in Verbrechen aller Art verstrickt wird und wie kann es besser werden?“ Nedner begründet in längeren, interessanten, aus der Fülle eigener langjähriger Erfahrungen als Anstalts-Geistlicher in Plötzensee geschilderten Vortrag folgende These: 1) Das stete Anwachsen des jugendlichen Verbrecherthums ist eine feststehende Thatsache, die tief beschämend, wie außerordentlich befähig für unser gesammtes Volksleben ist. 2) Die fortmährende Vermehrung der jugendlichen Verbrecher hat ihren Grund in den sozialen Missständen unserer Zeit, vor Allem aber in der immer allgemeiner werdenden Irreligionistät unseres Volkes; a. die Schuld liegt in erster Linie in den ungefundnen Familienverhältnissen. Oft fehlt es den Eltern nicht blos an dem Bewußtsein der sittlichen Verpflichtung den Kindern gegenüber, sondern auch an der Möglichkeit, der etwa erkannten Verpflichtung nachzukommen; b. der Schule fehlt es vielfach an dem genügend tiefen Einfluß auf die Charakterbildung der Kinder; c. in gleicher Weise hat die Kirche ihren Einfluß auf die Erziehung der Jugend vielfach eingebüßt; d. das Verhältnis der Lehrkräfte und der jugendlichen Arbeiter zum Meister und Arbeitgeber ist gelöscht, hat auch oft den sittlichen Charakter gänzlich verloren; e. das öffentliche Leben, besonders in den großen Städten, ist von mannigfach unheilvoller Einwirkung auf die Jugend. 3) Wie kann es besser werden? a. Zur Abhilfe ist zunächst und zumeist die Familie verpflichtet. Sie muß mehr als bisher erziehen zum Gepflogen und zur Wahrhaftigkeit, zum Fleiß und zur Sparfamkeit, zur Anspruchslosigkeit und zur Ordnung, vor Allem zur Gottesfürcht; b. die Schule hat nicht blos eine größere oder geringere Summe von Wissensstoff den Schülern zu übermitteln, sondern vor Allem auf die Bildung und Kräftigung des Willens, also auf die Charakterbildung ihr Augenmerk zu richten; c. die Kirche hat sich in besonderer Weise der Jugend anzunehmen durch Kinder-gottesdienste, Fürsorge für die Confirmanden und die confirmierte Jugend, Pflege von Junglings- und Jungfrauen-Vereinen; d. die Meister und Arbeitgeber haben den jugendlichen Arbeitern herzliche Theilnahme zu bezeugen und deren materielles, wie sittliches Wohl sich angelegen sein zu lassen; e. der Staat hat, sofern die Familie ihrer Aufgabe nicht nachkommen kann und will, die Erziehung der Kinder unter Mithilfe der Kirche in seine Hände zu nehmen, dem falschen Freiheitsdrange der Jugend zu steuern durch eine Neuordnung und feste Organisation des Lehrlingswesens, durch gesetzte Wachsamkeit über das Bettler- und Bagabondwesen. Seine Pflicht ist es, den demoralisierenden Einflüssen der Fabrikarbeit auf die Jugend zu wehren und darüber zu waden, daß nicht schon die Jugend dem Lauf der Trunksucht verfällt. Den Vollzug von Strafen an jugendlichen Gefangenen hat er dergestalt zu organisieren, daß die Bestrafung derselben erreicht wird. Strenge Zucht, möglichste Isolirung, Seelsorge, Unterricht und anhaltende Beschäftigung erscheinen als die geeignetesten Mittel hierzu. Nach der Entlassung bedürfen die jugendlichen Gefangenen in erster Reihe der Fürsorge und Pflege seitens der Kirche, des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft.

Am Schluß seines Referats empfiehlt Nedner noch zwei Resolutionen zur Annahme, deren erste dahin geht, durch gesetzliche Maßnahmen dahin zu wirken, daß der Jugend auch über das Alter von 15 Jahren der Besuch der Wirthshäuser verboten sei, während die zweite den Wunsch ausspricht, daß die Kräfte der jugendlichen Fabrikarbeiter nicht schon vor der Frühschule durch stundenlange Arbeit absorbiert werden und so jedweder Erfolg des Schulunterrichts illustatisch gemacht wird.

Bei der Specialdisputation geht General-Superintendent Dr. Erdmann auf einzelne Punkte der Thesen näher ein. Er weiß namentlich auch darauf hin, daß vieles darin geforderte bereits von der inneren Mission in Anregung gebracht worden sei. Pastor Gauda bringt den Brief eines Geistlichen der Münsterberger Gegend zur Verleseung, in welchem darauf hingewiesen wird, daß nicht nur in den großen Städten, sondern auch auf dem

Land das öffentliche Leben von mannigfach unheilvoller Einwirkung auf die Jugend ist. Die Polizeiorgane entwideln nicht die genügende Sorgfalt bei der Fernhaltung der Jugend vom Besuch der Tanzlustbarkeiten und der Wirthshäuser. So haben in einzelnen Ortschaften des Kreises Münsterberg nicht nur die Pferdeleidenschaft und die Kuhmägde Wälle veranstaltet, sondern es fanden auch Pferdejagden und Gänsemädchen-Wälle statt.

Staatsanwalt Stein bespricht zwei auf dem Lande in Schlesien viel fach herrschende Missstände, nämlich das Zusammenwohnen der Arbeiterfamilien auf den Dominien in einem gemeinschaftlichen Küchenraume, fern der Deutung des Lohnes an die Arbeiter seitens der Gutsverwaltungen in den Wirthshäusern.

Regierungsrath Gabel-Posen erörtert die Notwendigkeit der Ausdehnung der Staatsförderung auch auf verwahrloste Kinder, welche noch keine Verbrechen begangen haben. Der Staat müsse darauf hinwirken, Kinder welche kein väterliches Heim haben, zu erziehen, es müssen nicht nur Straßenanstalten, sondern vor allem Reitungsanstalten gebaut werden. Das Gesetz vom Jahre 1878 müsse entsprechend erweitert werden, Staat und Commune in dieser Beziehung ihre Pflicht besser erfüllen.

Generalsuperintendent Dr. Erdmann nimmt nochmals Gelegenheit die Aufgaben zu erörtern, welche der Kirche durch Entwicklung der Pastoralthätigkeit bei der Lösung dieser Aufgaben erwachsen. Diese Tätigkeit wird oft durch Lieberhöhung der Geistlichen sehr erschwert; so seien z. B. Breslau an der Salvatorkirche bei einer Gemeinde von 30,000 Seelen zwei Geistliche angestellt und eine Vermehrung derselben verwirkt worden.

Nach längerer fortgeleiteter Discussion wird zur Abstimmung über die Thesen geschritten, welche seitens der Verhandlung mit einzelnen während der Debatte empfohlenen Amendments angenommen werden, ebenso wie beiden von den Referenten zusätzlich empfohlenen Resolutionen.

Mit einem von dem Generalsuperintendenten Dr. Erdmann gesprochenen Gebete wurden gegen 2 Uhr die Verhandlungen geschlossen.

r. [Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 9. bis 15. October wurden 65 Ehen (76 in der Vorwoche) geschlossen. Geboren wurden 204 Kinder (108 Knaben und 96 Mädchen), darunter 12 Todgeborene. Die Zahl der Gestorbenen (excl. Todgeborenen) betrug 145 (77 männliche und 68 weibliche). Der Überschluß der Geburten über die Sterbefälle betrug mit 59, in der Vorwoche 62. Von den Geborenen standen im Alter von 0—1 Jahr 53, von 1—5 Jahren 15, von 5—15 Jahren 7, von 15—20 Jahren 7, von 20—30 Jahren 8, von 30 bis 40 Jahren 15, von 40—60 Jahren 20, von 60—80 Jahren 16, darüber 80 Jahren 4. Die Todesursachen waren: Scharlach 2, Diphtheritis 1, Unterleibsthypus 4, Darm- und Magendarmkatarrh 8, Breibürschaff 1, Gehirnchlag 2, Krämpfe 10, andere Krankheiten des Gehirns 10, Brüne 1, Lungengrindung 15, Lungen- und Lufttröhrenkrankheit 14, andere akute Krankheiten der Atmungsorgane 3, andere Krankheiten der Atmungsorgane 25, alle übrigen Krankheiten 41, Unglücksfall 2. Nach der berechneten Einwohnerzahl von 273,000 kommen in dieser Woche auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Lebendgeborene 36,67, Gestorbene (excl. Tod geborene) 27,69.

r. [Temperatur. — Niederschläge.] In der Woche vom 9. bis 15. October betrug die mittlere Temperatur 8,9, die höchste 16,8, die niedrigste 3, Cr. C., die Höhe der Niederschläge 7,98 mm.

r. Namslau, 19. Octbr. [Zwei Verhaftungen.] Am 10. v. M. ist der Bädergasse Carl Lefchner aus Proschitz nach einer Anzeige der königl. Staatsanwaltschaft zu Liegnitz in der Gegend von Borschitz während des Schlafes von seinem Reisebegleiter in den Kopf geschossen und seine Habseligkeiten beraubt worden. Lefchner ist in Folge des Schußverundungs am 2. d. M. gestorben. Die königl. Regierung in Liegnitz hat bekannt eine Belohnung von 300 Mark für Ermittlung und Ergreifung des stets brieflich verfolgten Mörders ausgesetzt, der sich nach der That über Dahme und Schleiden nach Liegnitz, vor da in den Bunzlauer Kreis begeben und auch in dieser Gegend mehrfach gestohlen haben soll. Der Name des Raubmörders, der reichlich mit falschen Altersstufen versehen ist, konnte nicht angegeben werden. Am letzten Sonnabend, den 16. d. M., gegen Abend, feierte ein fremder Mann in das Striezel'sche Gastrhaus in Reichthal ein und begehrte Nachtquartier, was ihm in einem Stalle gemahrt wurde. Vor dem Schlafengehen fragt er den Wirt, ob in den öffentlichen Blättern noch nicht ein Steckbrief hinter dem Lefchner'schen Raubmörder erlassen worden sei,

29,604 Pf. Sterl. gegen 26,243, plattirte und vergoldete Waaren für
21,025 Pf. Sterl. gegen 10,379.

Berliner Börse vom 20. October 1881.

Fonds- und Geld-Course.

Wechsel-Course.					
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 14	168,35 bz			
do. do.	2 M. 4	167,95 bz			
London 1 Ltr.	8 T. 2	29,44 bz			
do. do.	3 M. 5	22,15 bz			
Paris 100 Frs.	8 T. 3	86,50 bz			
Petersburg 100 SR.	2 M. 5	73,99 B			
do. do.	3 W. 6	216,85 bz			
Warschau 100 SR.	3 M. 6	214,25 bz			
Wien 100 Fl.	8 T. 4	172,49 bz			
do. do.	2 M. 4	171,35 bz			

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro 1879 1880					
Aachen-Maastricht	8/4	4	47,75 bz		
Berg.-Märkische	4/1	5/6	121,89 bz		
Berlin-Anhalt.	5/6	4	134,50 bzG		
Berlin-Dresden.	0	0	18,60 bz		
Berlin-Görlitz.	0	0	31,56 bz		
Berlin-Hanborg.	121/2	141/4	233,00 bzB		
Berlin-Potsd.-Magde.	4	4	116,70 bz		
Berlin-Stettin.	4/2	4/3	132,25 G		
Böhmis. Westbah.	7	5	100,40 bz		
Bresl.-Freib.	4/2	4/3	100,40 bz		
Cöln-Minden.	6	6	—		
Dux-Bodenbach.	0	4	149,00 bz		
Gal.-Carl-Ludw.-B.	7,738	7,738	188,25 bz		
Halle-Sorau-Gub.	0	0	19,75 bz		
Kaschau-Oderberg.	4	4	63,20 bzG		
Kronpr. Rudolfs.	5	5	73,00 bz		
Ludwigsb.-Bxh.	9	4	205,60 bzG		
Märk.-Posener.	0	0	33,00 B		
Magdeb.-Halberst.	6	6	—		
Mainz-Ludwigh.	4	4	92,00 bz		
Niederschl.-Märk.	4	4	100,00 G		
Oberschl. A.C.D.E.	93/5	104/5	245,30 bz		
do. do.	104/5	124/5	194,75 bz		
Oester.-Fr. St.-B.	6	4	600,50-601,90		
Oest.-Nordwestb.	4	4/5	334,95 bz		
Oest.-Südb.(Lomb.)	0	0	261,50-260,50		
Ostpreuss. Südb.	0	0	64,00 bzG		
Rechte-O.-U.-B.	73/0	77/1	166,20 bz		
Reichenberg-Pard.	4	4	47,10 bz		
Rheinlische.	7	6/1	162,10 bzG		
do. Lit.B. (49/0)gar.	4	4	100,40 bz		
Rhein.-Nahe-Bahn	0	0	16,20 bz		
Röma., Eisenbahn	38/5	34/3	62,20 bzG		
Schweiz-Westbah.	4	4	31,25 bz		
Stargard-Posen.	41/2	41/2	102,90 bz		
Thüringer Lit. A.	81/2	94/2	211,70 bz		
Wiesbaden-Wien.	111/2	12/4	251,75 bz		
Weimar-Gera.	41/2	41/2	52,25 bz		

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.					
Schlag-Leinsaat	26	—	24	—	22
Winterrapss.	25	40	24	70	23
Winterrüben.	24	75	24	—	23
Sommerrüben.	24	50	24	—	23
Leindotter.	23	50	22	50	22

Rapsflocken gut verkauflich, per 50 Kilogr. 7,70—7,90 Mark, fremde

7,40—7,60 Mark.

Leinflocken in fester Haltung, per 50 Kilogr. 9,60—9,80 Mark, fremde

8,80—9,50 Mark.

Rüeesamen schwach zugeführt, rother fest, per 50 Kilogr. 40—45—52

bis 47 Mark, — weißer preishaltend, 42—48—55—65 Mark, hochfeiner

über Notiz.

Lannenklee schwächer Umsatz, per 50 Kilogr. 38—44—48 Mark.

Typhomee sehr fest, per 50 Kilogr. 29—30—35 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 31,25—32,00 Mark,

Roggen Haubbaden 26,00—26,50 Mark, Roggen-Futtermehl 11,25—12,00

Mark, Weizenkleie 10—10,50 Mark.

Roggenstroh, 31—33 Mark per Schof à 600 Kilogr.

Roggenstroh, 31—33 Mark per Schof à 600 Kilogr.

Concurs-Öffnungen.

Bank-Papiere.					
Allg.Deut.Hand.-G.	4	6	58,00 B		
Berl. Kassen-Ver.	89/10	99/10	199,00 bzG		
Berl. Handels-Ges.	5	51/2	121,00 bzG		
Brl. Prd.-u.Hds.-B.	41/2	41/2	74,50 bz		
Braunschv. Bank	41/2	41/2	98,90 bz		
Breal. Disc.-Bank.	51/2	6	101,10 bzG		
Breal. Wechsler.	6	62/5	109,80 G		
Danziger Priv.-Bk.	5	51/2	44,10 bzG		
Darmst. Creditbk.	91/2	91/2	168,00 bz		
Darmst. Zettelbk.	55/6	4	111,40 bz		
Dessauer Landesk.	7	4	121,50 bz		
Deutsche Bank.	9	10	170,40 bz		
do. Reichsbank	5	6	152,50 bzG		
Disc.-Comm.-Anth.	10	10	227,50 bz		
Genossensch.-Bnk.	7	73/4	131,75 bzB		
Goth. Grundredb.	5	51/2	97,50 bz		
do. junge	5	51/2	97,50 bz		
Hamb. Vereins-B.	7	63/2	4		
Hannov. Bank	41/2	51/2	109,00 etbzB		
Königsl. Ver.-Bnk.	5	4	98,00 bzG		
Ldw.-B. Kwieck.	5	5	76,00 G		
Leipz. Cred.-Anst.	10	9	160,80 bz		
Luxemburg. Bank	10	83/2	141,75 bzG		
Magdeburger do.	51/5	6	117,00 bz		
Meininger do.	6	5	102,40 bz		
Nordl. Bank	10	10	158,75 bz		
Nordl. Gründner-B.	0	0	4,75 bzG		
Oberlausitzer Bk.	42/3	55/8	98,50 G		
Oest. Cred.-Action.	111/4	111/4	637,50-368,50		
Pesener Prv.-Bank	121/2	121/2	49,40 bzG		
Pr. Bod.-Cred.-Act. B.	0	61/2	119,00 bzB		
Pr. Cent.-Bod.-Ord.	94/2	81/2	124,00 bz		
Preuss. Immob.-B.	71/2	4	113,60 bz		
Sächs. Bank.	6	61/2	127,00 bz		
Schl. Bank-Verein	6	6	13,00 bzB		
Wiener Unionsbk.	6	7	254,90 bz		

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	fr.	fr.	fr.	fr.
Thüringer Bank.	—	—	12,00 G	91,50 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahn-G.					
Märk.Sch.Masch.G.	0	0	4	1,00 bzG	
Nordl. Gummifab.	111/2	0	4	57,25	
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	2	21/2	4	90,00 G	
Sches. Feuversa.	22	17	fr.	1000 B	

Bismarck-Aktien.

Bismarck-Aktien.					

<tbl_r cells="1" ix="1" maxcspan